

## **Buchpremiere „Das ‚weiße Haus‘ in Ost-Berlin“**

**28. Januar 2010, 17.30 Uhr**

**Bundesministerium für Bildung und Forschung**

**Hannoversche Straße 28-30, 10115 Berlin**

Es hat einen besonderen Reiz, wenn eine historische Forschungsarbeit just an dem Ort vorgestellt wird, der den Gegenstand ihrer Untersuchung bildet. Jacqueline Boysen, Journalistin beim Deutschlandradio, hat eine Dissertation über die Geschichte der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR (StäV) verfasst – über jenes „Weiße Haus“ an der Hannoverschen Straße unweit des heutigen Regierungsviertels, in das am 28. Januar weit mehr als 100 Gäste zur Buchpremiere gekommen waren. Viele der Zuhörer hatten persönliche Erinnerungen an dieses Gebäude, ob als ehemalige Mitarbeiter oder als DDR-Bürger, die hier Unterstützung oder aufgeschlossene Gesprächspartner fanden. Auf dem Podium saßen Wissen- und Zeitzeugenschaft teils freundlich einander ergänzend, teils um die Bewertung der bundesdeutschen Deutschlandpolitik ringend.

Nach dem Grundlagenvertrag hatten beide deutsche Staaten 1974 an den jeweiligen Regierungssitzen Ständige Vertretungen – und eben keine Botschaften – eingerichtet. 1990 stellten diese aus bekannten Gründen ihre Arbeit ein. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung übernahm nach dem Regierungsumzug die geschichtsträchtige Liegenschaft im ehemaligen Ost-Berlin. Dass sich auch die neue Hausherrin für die Geschichte ihres Dienstsitzes interessiert, bewies Professor Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, in ihrer Begrüßungsrede: „In diesem Haus wurde deutsche Geschichte geschrieben, und es hat selbst Geschichte gemacht.“ Die bundesdeutsche Vertretung in Ost-Berlin sei ein „Hoffnungsanker“ für viele DDR-Bürger gewesen, die hier eine „Gegenwelt zur allgegenwärtigen Bevormundung und Gängelung“ durch die SED-Herrschaft fanden, die um Rat fragten oder einen Ausweg aus der DDR suchten. Die StäV „hatte eine Botschaft, war aber keine“, formulierte Frau Schavan pointiert. Jacqueline Boysens Publikation könne dazu beitragen, die Erinnerung an das SED-Regime wachzuhalten, um so „gegen Beschönigung und Vergessen“ zu wirken. Wenn Jacqueline Boysen die StäV in ihrer Studie mit einer „Relaisstation“ vergleiche, die Impulse aufnehme, verstärke und weitergebe, so könne dies heutzutage ebenso für das Bildungs- und Forschungsministerium gelten, schlug die Ministerin den Bogen in die Gegenwart.

Auf dem Podium nahmen sodann die Autorin Platz sowie zwei Männer, die die Arbeit der Vertretung maßgeblich mitbestimmten: Der eine, Dr. Hans-Otto Bräutigam, Saarländer wie Erich Honecker und in den neunziger Jahren Justizminister im Kabinett Stolpe in Brandenburg, stand ihr zwischen 1982 und 1988 als Leiter vor, der andere, Dr. August Hanning, arbeite im „Weißen Haus“ als Geheimschutzbeauftragter – ein Amt, dass er gewissermaßen im größeren Maßstab in den neunziger Jahren als Chef des BND fortführte. Rolf Schneider, als Schriftsteller einer der Unterzeichner der Petition gegen die Biermann-Ausbürgerung von 1976, war einer der Ostdeutschen, die an den Festen im Gartenhaus der StäV teilgenommen hatten, die an diesem Abend fast schon wehmütig beschworenen wurden. Dr. Christoph Links, der das in seinem Haus erschiene-

ne Buch als „so lebendig und anschaulich wie es sich ein Verleger nur wünschen kann“ lobte, übernahm die Rolle des Moderators.

Frau Dr. Boysen berichtete über den starken Eindruck, die die Person Günter Gaus‘ auf sie gemacht habe, was sie letztlich dazu brachte, sich mit dem Wirkungsort dieses ersten Ständigen Vertreters näher zu befassen. „Je mehr ich fragte, desto spannender wurde das Thema“, erklärte sie ihre Motivation. Kurz streifte sie einige der in ihrer Dissertation untersuchten Aspekte, etwa die Aufgaben der Vertretung bei der Betreuung westdeutscher Häftlinge in der DDR oder die konkreten Bemühungen um menschliche Erleichterungen. Das heikle deutsch-deutsche Verhältnis, das den mal engeren, mal weiteren Rahmen der oftmals schwierigen Vertretungsarbeit bildete, blieb nicht unerwähnt. Stets hätten das Gebäude und jeder seiner Mitarbeiter unter ständiger Kontrolle der Staatssicherheit gestanden. „Die Staatssicherheit war omnipräsent.“ Das veranschaulichten die zahlreichen Observationsfotos aus dem Archiv der BStU, die vor Beginn der Buchpremiere an die Wand projiziert worden waren.

August Hanning berichtete, dass manche bundesdeutsche Beamte, die vor ihrer Versetzung nach Ost-Berlin zuweilen recht unvertraut mit den dortigen Verhältnissen waren, die permanente Observation durch das MfS als belastend empfanden. „Es war schon ein beklemmendes Gefühl, wenn sie wussten, dass sie überwacht wurden.“ Die Abwehrarbeit in der StäV habe sich auf die professionelle Schulung der Mitarbeiter beschränkt. Aktive Spionage sei von der Vertretung nicht ausgegangen, erklärten Hanning und Bräutigam übereinstimmend. Einen Residenten des BND habe es nicht im Hause gegeben. Bräutigam habe sich Aktivitäten des BND verboten, da er diese als Störung seiner vorsichtigen Politik der kleinen Schritte sah. Die Wissenschaftlerin Boysen argumentierte ebenfalls, dass die Bundesrepublik alles vermieden habe, was der DDR Ansatzpunkte für ein offensiveres Vorgehen gegen die StäV geboten hätte. Zudem hätten die westlichen Dienste bequem von West-Berlin aus operieren können. Eine Argumentation, die nicht einer gewissen Logik entbehrt.

Rolf Schneider erinnerte sich an das kulturelle Engagement der Vertretung, darunter die Vielzahl von Empfängen im Gartenhaus. Hätten anfangs die DDR-Staatsfunktionäre und die westlichen Gastgeber, kritische Intellektuelle und Künstler aus der DDR noch in verschiedenen Ecken des Raumes separiert gestanden, hätte sich das Publikum später gemischt. Selbst einen kurzen Small-Talk mit Kurt Hager habe er als unbotmäßiger Schriftsteller hier führen können. Mit einer gewissen Begeisterung sprach Schneider davon, dass in den Räumen an der Hannoverschen Straße die erste Beuys-Ausstellung in der DDR gezeigt worden sei. „Es war befreiend und schön, hierherzukommen. Es roch anders, man aß anders.“ Und: „Man trat aus dem DDR-Alltag heraus.“

Hans-Otto Bräutigam berichtete, dass man stets Wert darauf gelegt habe, neben ZK-Funktionären auch DDR-Bürger ohne Amt und Würden in die StäV einzuladen, um auf diesem Wege mehr über deren Alltagsleben zu erfahren. Aus demselben Grund habe die StäV intensiven Kontakt zu westlichen Journalisten gepflegt, die über tiefere Einblicke in den DDR-Alltag verfügten und mit ihren Berichten wiederum Einfluss auf diesen nahmen. Allerdings hätten viele DDR-Bürger große Scheu vor einem Besuch in der Vertretung gehabt, da sie Nachteile befürchteten, ergänzte Jacqueline Boysen. Jeder Besucher sei vom MfS registriert worden. Es sei jedoch kein Fall bekannt, in dem sich daraus unmittelbar negative Konsequenzen ergeben hätten.

Nachdem das Gespräch ins Auditorium erweitert worden war, entspann sich eine kurze, aber intensive Diskussion um grundlegende Fragen: Es ging um die Haltung der bundesdeutschen Politik und ihrer Ost-Berliner Vertretung zur DDR, namentlich in der Spätphase des ostdeutschen Staatssozialismus: War die Toleranz-Politik zu vorsichtig oder angemessen angesichts eines unberechenbaren Regimes? Trug die Bonner Linie zur Stabilisierung oder Destabilisierung des SED-Regimes bei?

Während ein Gast, ein ehemaliger Mitarbeiter der StäV, monierte, Boysen habe die Arbeit der Vertretung als behutsamer „Dienstleister“ zwischen Ost und West nicht genügend gewürdigt, lobte Rolf Schneider im Gegenteil, dass die StäV im Buch sehr wohl als Institution dargestellt werde, die zur Destabilisierung der SED-Macht beigetragen habe. Mit ihr sei der „Klassenfeind ins Land“ gelassen worden – eine Lockerung, die sich langfristig gegen die Machthaber wendete. Hans-Otto Bräutigam führte aus, dass die Zurückhaltung der Bonner Vertreter in der DDR bis zum Schluss „goldrichtig“ gewesen sei. Die StäV habe nie aktiv den Kontakt zur Opposition gesucht, auch um deren Mitglieder nicht zu gefährden, aber gerne deren Einladungen angenommen. Eine aktive Destabilisierungspolitik wäre kontraproduktiv gewesen. Frau Boysen wiederum stellte diese Einschätzung in Frage: „Ich hätte mir gewünscht, dass meine Bundesregierung zuweilen schärfer mit der DDR ins Gericht gegangen wäre.“ Die DDR habe mit der Einrichtung der StäV einen Repräsentationsgewinn verbuchen können, was im Sinne einer Politik des „Wandels durch Annäherung“ akzeptabel gewesen sei. Allerdings sei man auch dann noch auf den Gleisen weitergefahren, die Gaus in den siebziger Jahren gelegt hatte, als es an der Zeit gewesen wäre, der SED-Führung gegenüber weniger zurückhaltend aufzutreten und die Kräfte des Umbruchs zu unterstützen. „Es widersprach der westdeutschen Beamtenmentalität, die Kraft dieser Bewegung der Straße zu erkennen“, lautete Boysens scharfes Urteil. Auch August Hanning räumte ein, dass die bundesdeutsche Politik „ignorant gegenüber der Entwicklung“ in der DDR gewesen sei. In der Bundesrepublik sei es bis 1989 „Bestandteil der Staatsräson gewesen, dass die deutsche Teilung Teil der europäischen Friedensordnung“ sei.

Zwar verriet Christoph Links noch, dass er als DDR-Journalist „halbprivat“ manchen Whiskey mit Günter Gaus getrunken habe, wie aber das „Weiße Haus“ zu seinem Namen kam, blieb ungefragt und ungeklärt. Wer es wissen will, dürfte in Jacqueline Boysens Studie eine Antwort und manch andere, tiefer schürfende Information finden.

*Andreas Stirn*